

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 18. Juli 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Chaos oder Sanierung?

Im Vordergrund aller Geschehnisse stehen gegenwärtig unsere Auslandspolitik und die Sanierung der deutschen Wirtschaft. Seit sechs Wochen befinden wir uns in einer Finanzkatastrophe, deren Ausmaß niemand voll übersehen kann. Soviel aber ist sicher: Der Hoover-Plan hat trotz seines 1,6-Milliarden-Moratoriums die erhoffte Entlastung nicht gebracht. Auch die pompös aufgemachte Erklärung der größten Unternehmer Deutschlands, die Bürgschaft für eine halbe Milliarde Kredite zu übernehmen, hat an dieser Situation nichts geändert. Denn das Mißtrauen ist in die Kapitalisten aller Länder, nicht zuletzt aber auch in weite Kreise der deutschen Kapitalistenwelt gefahren und hat verheerend bei der Reichsbank gewirkt durch Abzug von mehreren Milliarden Auslandskrediten. Selbst das ausgesprochene Unternehmerorgan, die „D.A.Z.“, das sich gar nicht genug tun konnte, gegen die öffentliche Wirtschaft zu zetern, fängt an, etwas klein zu werden und bekennt, daß die Devisenabzüge der letzten Wochen von 50 bis 100 Millionen pro Tag nicht bloß „unter dem systematischen französischen Kreditdruck“ über Zürich, Amsterdam und London entstanden sind, „sondern nunmehr auch deutlich erkennbar durch deutsche Kapitalflucht verursacht werden.“ * * *

Wir möchten aber unseren Lesern zunächst noch einmal kurz den Hoover-Plan selber in Erinnerung bringen:

1. Die Bezahlung der Reparationsschulden wird vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 ausgesetzt.
2. Die ungeschätzte Jahresrate an die französische Regierung (440 Millionen Mark) bezahlt Deutschland durch garantierte Bons der Reichsbahn, die bei der internationalen Zahlungsbank angelegt werden.
3. Die zurückgestellten Zahlungen werden verzinst und vom 1. Juli 1933 ab in zehnjährlichen Raten getilgt. Für die 660 Millionen Mark der Reichsbahn gelten die gleichen Bedingungen.

Obwohl also für Deutschland erheblich Luft geschaffen wurde und die Hoffnung der Chaospekulanten von links und rechts zusehender wurde, ist die deutsche „Vertrauenskrise“ trotzdem in ein weiteres gefährliches Stadium gekommen, dessen Ende in diesem Moment noch nicht abzusehen ist.

Wir sprechen hier klar aus, daß es nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt, wenn ein Zusammenbruch der deutschen Finanzwirtschaft erfolgt; denn er würde zum erheblichen Teil wieder auf dem Rücken der breiten Masse vor sich gehen. Das Ende mit Schrecken, was mancher Hitlerianer und Kommunist herbeisehnt, würde unzweifelhaft einen Schrecken ohne Ende im Gefolge haben, im Vergleich zu dem der jetzige Zustand bei all seiner Not noch ein Kinderspiel wäre! Natürlich hat der Zusammenbruch großer privatwirtschaftlicher und Geldkonzerne (Nordwolle-Konzern) zur wachsenden Unsicherheit erheblich beigetragen, und es muß bei dieser Gelegenheit doch einmal klipp und klar ausgesprochen

werden, daß die deutsche Geld- und Privatwirtschaft unmöglich länger ohne stärkere öffentliche Kontrolle bleiben kann!

* * *

Das hat sogar diese rechtsgerichtete Brüning-Regierung in ihrer Notlage erkannt, und sie hat in der Nacht vom 12. zum 13. Juli folgenden Eingriff in die Devisen- und Geldmarktkrise beschlossen:

- „1. Soll eine Zusammenfassung der maßgebenden deutschen Banken unter der Garantie des Reiches auch für die Geschäftsführung erfolgen, die gewisse Aufsichts- und Kontrollbefugnisse des Reiches mit sich bringt.
2. Es findet eine Neuordnung des Devisenverkehrs statt, die es unmöglich macht, für andere als rein wirtschaftliche Zwecke fremde (ausländische) Geldsorten anzukaufen.“

Unseren Lesern dürfte inzwischen die Erklärung der Reichsregierung zur Erläuterung dieser Maßnahme durch die Tagespresse bekanntgeworden sein. Es heißt darin auch, daß die obigen Bestimmungen nur für eine Übergangszeit gelten sollen. Wir sind der Meinung, daß die stärkere, schärfere Kontrolle der Privatwirtschaft und der Privatbanken unter gar keinen Umständen vorübergehend sein sollte, sondern dauernd bestehen bleiben muß.

* * *

Die rechtsgerichteten Blätter schimpfen auf Frankreich, weil es seine günstigere ökonomische Lage ausnützt und nicht ohne weiteres auf fast 500 Millionen Mark = 3 Milliarden Franken verzichten will. Dabei wird auch leicht vergessen, daß unsere Methoden unter dem Außenminister Curtius in der Auslandspolitik uns nicht gerade Lorbeeren einbringen konnte. Vor allen Dingen hat es aber die Brüning-Regierung verabsäumt, energisch gegen die Stahlhelmparade von Breslau und ähnliche Geschehnisse Stellung zu nehmen. Daß der Panzerkreuzerbau nicht nur den Franzosen auf die Nerven gefallen ist, sondern auch in England und Amerika heftigen Unwillen hervorruft, ist in jeder ausländischen Zeitung leicht nachzulesen und wird nur dem deutschen Leser in seinen Zeitungen verschwiegen. Ebenso ungeheuerlich ist es, daß in diesen Tagen vom „Völkischen Beobachter“ — dem Hitler-Organ — im Einvernehmen mit Dr. Hugenberg folgende neue „Kampfansage gegen die Reichsregierung“ abgegeben werden konnte: „Die nationale Opposition wird den Entscheidungskampf zur Niederringung des heutigen Systems einleiten und durchführen.“

In aller Deutlichkeit haben wir dazu nur die Bemerkung zu machen, daß man nicht glauben soll, daß die sechs Millionen freier Gewerkschaftler, die Millionen Sozialdemokraten und nicht zuletzt das kampfbereite Millionenheer des Reichsbanners diesem „Entscheidungskampf“ als Unbeteiligte zusehen würden!

Das deutsche Bürgertum lebt gegenwärtig mit sich selbst im Streit, und auch die Arbeiterschaft ist leider davon nicht ausgenommen. Diese Situation wurde nun dazu ausgenutzt, um einmal den Großagrariern ungeheure Vorteile zuzuschreiben, die schon in die Milliarden gehen trotz der Not der Zeit; zum andern verstanden es die Großkapitalisten ebenfalls nicht schlecht, mit Hilfe der öffentlichen Finanzen sich systematisch und hemmungslos zu bereichern. Nun sitzen sie mit ihren faulen Spekulationen zum Teil auf dem trockenen, weil das Ausland die Vorgänge als katastrophal ansieht und seine Kredite zurückverlangt oder aber „Garantien“ zur ruhigen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland fordert.

Die politischen Spekulanten auf das Chaos — Nationalsozialisten wie Kommunisten — arbeiten sich freiwillig oder unfreiwillig in die Hände. Die Nazis spekulieren darauf, daß sie die politische Macht erobern, um dann mit dem schlimmsten gesetzlichen Terror „Das dritte Reich“ ohne „Marxismus“ herbeizuführen, und die anderen glauben, daß Deutschlands Arbeiterschaft nur durch die „Methoden Moskaus“ gerettet werden könnte. Wir haben oft genug dargetan, daß weder das eine noch das andere für die deutsche Arbeitnehmerschaft tragbar ist, und deswegen wenden wir uns mit vollem Bewußtsein gegen alle Spekulationen auf den Zusammenbruch und sind der Meinung, daß alles daran gewandt werden muß, um die deutsche Wirtschaft in Gang zu halten.

Wir sind aber auch der Meinung, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht dazu mißbraucht werden dürfen,

um die Notverordnung in jetziger Form bestehen zu lassen. — Darum fordern wir von allen unseren Mitgliedern striktesten Zusammenhalt!

Von der Regierung aber fordern wir, daß sie die faulen Spekulanten an der Börse und in der Privatwirtschaft zur Rechenschaft zieht, und daß auch der deutschen Kapitalflucht alsbald ein gesetzlicher Riegel vorgehoben wird. Die völlige Ausmerzungen der Spekulanten- und Lottergesellschaft muß systematisch durchgeführt werden. Aber auch die untragbaren Bestimmungen der Notverordnung müssen baldmöglichst weggeräumt werden. Wenn die Regierung Brüningsch dieser Erkenntnis entzieht, wird sie die Folgen zu tragen haben, die schon heute klar zutage treten. * * *

Es besteht für den denkenden Leser ein inniger Zusammenhang zwischen den Auswirkungen der Reichstagswahl vom 14. September 1930 und der wirtschaftlichen und finanziellen Unsicherheit, wie sie sich besonders in den letzten zwei Monaten in Deutschland herausgebildet hat. Stahlhelmparade und Panzerkreuzerbau haben die Hitler-Jünger weiterhin übermütig gemacht, und auch die zweite Notverordnung hat nicht erreichen können, daß die fast täglichen Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten — sei es nun bei den Studenten, sei es bei den Arbeitern — eine Ende nahmen. Daß damit die Kreditfähigkeit Deutschlands in schwerster Gefahr kommen mußte, war vorauszusehen.

In dieser Situation erwarten wir von allen Freigewerkschaftlern, von unseren Führern wie von den Massen:
„Höchste Aktivität!“ E. D.

Stahlhelm und Gewerkschaften

Am 9. August will der Stahlhelm, gemeinsam mit den Unternehmern und Nazis, die Vertreter der Arbeiterschaft aus der preußischen Verwaltung herauswerfen. Das Volksbegehren der Reaktion auf Auflösung des Preußischen Landtages ist nur mit Ach und Krach durchgekommen und der Stahlhelm wird deshalb versuchen, Arbeiterstimmen für seinen Volksentscheid zu erhalten. In manchen Gegenden, in denen man den Stahlhelm nur dem Namen nach kennt, wird dieser Verband der behabigen Reaktion von vielen Kollegen als harmloser als die Nazis angesehen. In Wirklichkeit aber ist der Stahlhelm genau so arbeitserfeindlich, genau so scharfmacherisch wie die NSDAP. Nur hat der Stahlhelm es bisher verstanden, seine Kampfmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft in aller Heimlichkeit zu treffen. Jeder Kollege kennt die arbeitserfeindlichen Taten und Reden der Nationalsozialisten. Am 9. August darf es in Deutschland keinen organisierten Arbeiter mehr geben, der nicht weiß, daß der Stahlhelm nichts weiter ist als die zweite Schutztruppe der Reaktion.

Manche mitteldeutschen Kollegen werden vielleicht erstaunt sein, denn kurz nach seiner Gründung Ende 1919 hat der Stahlhelm in Mitteldeutschland Flugblätter verteilt, in denen er erklärte:

„Wir stellen uns rückhaltlos auf den Boden der neuen Zeit für die neue Regierung und treten mit allen Kräften für sie ein . . . Wir, die wir den Krieg jahrelang kennenlernten, wir ersehnen dauernden Frieden und verdammten und verwerfen jeden Völkerverhaß.“

Aber in zwölf Jahren ist aus dem republikanischen Kriegerverein die Schutztruppe der Reaktion geworden.

Beim Kapp-Putsch hatte der erste Vorsitzende des Stahlhelms jede Beteiligung abgelehnt. Er wurde deshalb von den reaktionären ehemaligen Offizieren abgesetzt und unter der Führung des Seltnerwasser-Fabrikanten Selbte stellte der Stahlhelm sich auf die Seite der Kapp-Putschisten und bekannte sich zu Schwarz-Weiß-Rot. Er unterstützte die reaktionären Verschwörerbanden, doch, als dann die preußische Regierung endlich, nach der Ermordung Rathenaus, hart zugriff, wurde Selbte zahm und näherte sich der schwerindustriellen Volkspartei an. Gehorsam verteidigte der Stahlhelm, in engem Bündnis mit dem Jungdeutschen Orden, den Raubzug der Fürsten gegen das schaffende Volk. Dem Stahlhelm haben die Fürsten weitgehend zu danken, daß sie, trotz Volksentscheid, ihre Millionen einstecken konnten. Aus diesen Fürstenmillionen hat der Stahlhelm manchen Zuschuß erhalten.

Bis zum Jahre 1926 schwankte der Stahlhelm, ob er die freien Gewerkschaften im Bündnis mit den Christen oder mit den Gelben bekämpfen sollte. Unter dem Druck seiner Geldgeber hat er sich

schließlich zum Bündnis mit den Gelben entschlossen und gleichzeitig eine eigene „Gewerkschaft“ aufgezogen.

Im Jahre 1926 setzten die ehemaligen Offiziere und die Scharfmacher, die im Stahlhelm regierten, Herrn Selbte einen zweiten Bundesführer an die Seite, den Oberstleutnant a. D. Duesterberg, der sich in seinem mitteldeutschen Landesverband schon stark gewerkschaftsfeindlich betätigt hatte. Seit 1926 geht der Kurs des Stahlhelms eindeutig zu den Gelben und zur scharfen Reaktion. Der ehemalige republikanische Kriegerverein erklärt: „... Wir haßen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen.“ (Fürstenwalde, Haßbotschaft vom 4. September 1928.) An den Tagungen des Stahlhelms nehmen jetzt die kaiserlichen Prinzen, Könige und prinzipalpen Pensionsempfänger teil. Die italienischen Faschisten sind anwesend und können Ratschläge zur Niederknüppelung der Arbeiterschaft erteilen. Am Breslauer Stahlhelmtag (1931) haben allein 20 Prinzen, Prinzessinnen, Herzöge, Fürsten usw. als Ehren Gäste teilgenommen und 11 Generale der alten Armee. Unter der Führung des ehemaligen Kronprinzen will der Stahlhelm „immer feste druff“ gegen die freien Gewerkschaften ziehen.

Nach außen erklärt der Stahlhelm: der Gewerkschaftsgedanke ist berechtigt. Uns liegt aber ein geheimer Entwurf vor, den der Landesverbandsführer Mahnken (Industriegebiet) am 24. März 1928 den Gauen des Stahlhelms übersandte und in dem er vorschlägt, gestützt auf die vorhandenen gelben Splitterorganisationen, eine „nationale“ Gewerkschaft aufzuziehen; nach außen soll erklärt werden: „der Stahlhelm hat grundsätzlich und öffentlich (!) mit der nationalen Gewerkschaft nichts zu tun“, die Stahlhelmer aber sollen „ruhig in die nationale Gewerkschaft eintreten“. Das beweist eindeutig: „der Stahlhelm ist gelb, auch wenn er „öffentlich“ mit der nationalen Gewerkschaft „nichts zu tun haben“ will.

Als echte Gelbe wenden sich die Stahlhelmer an die Unternehmern „um Hilfe im Kampf gegen die Gewerkschaften“ und erklären ihnen, daß sie ihre „ganze Kraft“ gehorsam gegen die roten Gewerkschaften anwenden wollen. Ja, sie gehen sogar noch weiter und bezeichnen als ihre Aufgabe „die Zerschlagung der Gewerkschaften“. Die Unternehmer sollen dafür aber den gelben Stahlhelmmern entgegenkommen, sie sollen freigewerkschaftlich organisierte Belegschaften aussperren und dafür Stahlhelm- und Nazifaschisten neu einstellen. Mit Recht wendet sich deshalb selbst der christliche Gewerkschafter Baltrusch gegen den Stahlhelm:

... Die fortgeschrittene deutsche Arbeiterschaft, die den Wert eigener, selbständiger, gewerkschaftlicher Berufsorganisationen seit langen Jahrzehnten kennt, wird dafür Sorge tragen, daß die Schuttruppe des reaktionären Besitzbürgertums bei allen passenden Gelegenheiten genügend gekennzeichnet wird und daß der Einfluß der bekannten rückschrittlichen Drahtzieher des Stahlhelms weder in der Reichsregierung noch in den Länderregierungen zu stärkerer Geltung kommt." („Der Deutsche“ 1931/130.)

Die Unterstützung des Unternehmertums ist aber nicht umsonst. Auf der großen Berliner Stahlhelm-„Gewerkschaftskundgebung“ am 2. Februar 1930 hat der Stahlhelm sich ausdrücklich gegen das Tarif- und Schlichtungswesen gewandt und sich für Lohnabbau und Ueberstunden erklärt, hat die Forderung aufgestellt, daß nur noch Werktarife abgeschlossen werden, so daß die einzelnen Unternehmer die Löhne stärker drücken können. Der Berliner Sozialreferent des Stahlhelms fordert: die arbeitslosen Stahlhelmer sollen Lohnrückübergeben, sie sollen Arbeit annehmen, auch wenn sie jämmerlich bezahlt wird, sie sollen ihren „Tariffimmel“ ablegen!

Immer wieder hat der Stahlhelm seine Mitglieder zum Streikbruch eingeseht. Ja, im Oktober 1925, als einige Magdeburger Stahlhelmer sich weigerten, den Streikbruch ihres Bundes gegen organisierte Straßenbahner mitzumachen, erhielten sie eine scharfe Rüge und es wurde ihnen rundheraus erklärt, daß Stahlhelmer zum Streikbruch verpflichtet sind. Die Hamburger Stahlhelmbotschaft (1928) erklärte, in einem künftigen Stahlhelmreich ist jeder Streik verboten.

Der Angriff auf die Gewerkschaften allein genügt den Offizieren nicht. Die Scharfmacher werden aufgefordert, den Stahlhelm-Gelben Selber zur Verfügung zu stellen, damit sie bei Krankenkassenwahlen gemeinsam mit den Unternehmern eine Mehrheit erhalten, damit dann der kalte Leistungsabbau beginnen kann.

Die öffentliche Wirtschaft soll abgebaut werden, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft der öffentlichen Werke wird damit herabgedrückt. Der Hauptkämpfer gegen die öffentliche Wirtschaft ist Dr. Lübbert, Großaktionär und Generaldirektor der Verkehrsweisen-AG, den die Kollegen Kleinbahnner genügend kennen.

Mit allen Mitteln hat der Stahlhelm versucht, die Gewerkschaften zu bekämpfen. Durch Rundschreiben hat er seine Mitglieder aufgefordert, Stahlhelmzellen in den Gewerkschaften zu bilden. Doch hat er damit nicht viel Erfolg gehabt. Die Zellenbildung sollte im Jahre 1929 beginnen, doch schon im Jahr darauf hat der Stahlhelm eingesehen, daß kein Freigewerkschaftler auf den Stahlhelmlein kriecht; im Jahre 1930 wurde daher eine eigene „Gewerkschaft“ gegründet.

Schon im Herbst 1928 hatte der Scharfmacher Duesterberg, der Verehrer Hitlers und Freund Hugenbergs und der Gelben, in Mitteldeutschland eine „Stahlhelm-Selbsthilfe“ gegründet. Im Januar 1930 wurde diese Selbsthilfe als Bundeseinrichtung des Stahlhelms für das ganze Reich anerkannt.

Die Stahlhelm-Selbsthilfe baut sich auf Betriebsgruppen auf. Die einzelnen Betriebsgruppen werden ohne sachliche Gliederung als Ortsgruppe der Selbsthilfe innerhalb der Stahlhelmortzgruppe zusammengefaßt. Nur wo Betriebsgruppen nicht gebildet werden können, werden Einzelmitglieder aufgenommen. Die Verbindung mit den Stahlhelmortzgruppen erfolgt über die Betriebsgruppenobleute und den sogenannten „Sozialreferenten“. Die Sozialreferenten, die gelben „Gewerkschaftssekretäre“ des Stahlhelms, werden von den Stahlhelmführern ernannt. Unter den 24 Landesführern des Stahlhelms sind 14 Adlige, 3 Offiziere a. D., 1 Gutsbesitzer, 1 Studienrat. Eine Gruppe Junker und Offiziere kommandiert den Stahlhelm und die Stahlhelm-„Gewerkschaft“. Diese Junker und Offiziere entscheiden, ob die Stahlhelmarbeiter sich an einem Streik beteiligen dürfen oder nicht, und wehe dem Sozialreferenten, der den Unternehmern nicht genügend entgegenkommt. Bei einem „Derjagen“ ist laut Geschäftsordnung „die Führung verpflichtet einzugreifen“. Dorfsichtshalber werden die beiden Vorsitzenden der Stahlhelm-Selbsthilfe von dem Selterwasserfabrikanten Selbte und dem Obersteuerrat a. D. Duesterberg ernannt. Die Betriebsobleute können von den (durch Stahlhelmoffiziere ernannte) Sozialreferenten nach Lust und Laune abgesägt werden.

Die Mitglieder sucht man dadurch zu fesseln, daß man ihnen erklärt, ihre Beiträge bleiben ihr „soziales Spareigentum“. Aber das ist ein vollendeter Betrug. Kommt ein Mitglied zur Befinnung und organisiert sich freigewerkschaftlich, so wird es sagungsgemäß (§ 3) ausgeschlossen und erhält von seinen Ersparnissen keinen Pfennig. Wird diese „Gewerkschaft“

aufgelöst, so beschließt der von Selbte und Duesterberg bestimmte Vorstand, wie die Arbeitergroßen verwendet werden sollen (§ 13).

Jedes Mitglied kann wöchentlich 50 Pf. oder 1,50 Mk. sparen. Die ersten zehn Jahre erhält es davon überhaupt nichts. Nach zehn Jahren erhält der Sparer von seinen 780 Mk. nur 156 Mk. Nach 20 Jahren von seinen 1560 Mk. nur 468 Mk., nach 30 Jahren von seinen 2340 Mk. nur 1170 Mk. Erst nach 35 Jahren darf der Sparer über sein „Eigentum“ verfügen. Zinsen, die jede Sparkasse zahlt, steckt der Stahlhelm lieber selbst ein.

Aber die Stahlhelmer kommen kaum in die Verlegenheit, daß die Stahlhelmarbeiter Ersparnisse machen können. Immer wieder werden die Stahlhelmarbeiter ermahnt, zu jedem Glendlohn zu arbeiten, damit sie „dahin kommen, von jedem Arbeitgeber gern genommen zu werden als Stahlhelmer“ (!) (Stahlhelm-Handbuch).

Die Stahlhelm-Selbsthilfe ist keine Gewerkschaft. In § 1 ihrer Satzung vom 15. April 1929 erklärte sie noch als ihre Aufgabe „Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder“. Dieser Satz ist in der neuen Satzung vom 2. Februar 1930 gestrichen. Der Zweck der Stahlhelm-Selbsthilfe ist, wie ihre Geschäftsordnung ausdrücklich befaßt, „die Propaganda innerhalb der werktätigen Massen“. Propaganda für die Hohenzollern und Schädigung der Arbeiterschaft.

Überall im Reich versucht der Stahlhelm mit Hilfe der Unternehmer die Gewerkschaften zu zerschlagen. Er hat bisher damit keinen Erfolg gehabt und deshalb versucht er nunmehr, die Staatsgewalt in die Hände zu bekommen, um mit Hilfe der Staatsmacht den Kampf gegen die Gewerkschaften zu verstärken.

Es hat dem Stahlhelm nichts genügt, daß er bei den Betriebsratwahlen und beim Volksbegehren gegen Preußen ein Bündnis mit den Nazis gegen die Gewerkschaften eingegangen ist. Die Korruptionsgelber der „notleidenden“ Unternehmer und Fürsten haben bisher keine Früchte getragen. Die Gewerkschaften sind stärker als die Haufen der Gelben. Nun soll die Staatsmacht gegen die Gewerkschaften eingesetzt werden.

Alle Kräfte müssen angespannt werden, damit der Einfluß der bekannten rückschrittlichen Drahtzieher des Stahlhelms weder in der Reichsregierung, noch in den Landesregierungen zu stärkerer Geltung kommt.

Die Parole für den 9. August ist in ganz Preußen:

Laßt die Reaktionäre unter sich!

Bleibt zu Hause beim Volksentscheid!

Walter Auerbach.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Berliner Staatsoper am Platz der Republik veranstaltete am 3. Juli mit Higaros Hochzeit ihre letzte Vorstellung.

2700 Eltern ins Gefängnis schickt der braunschweigische Rajiminfister Franzen, wegen eines Schulstreiks. Ein sozialdemokratischer Amnestieantrag wurde vom Landtage abgelehnt.

Ein Uniformverbot bis zum 15. Juli, das sich besonders gegen die Nazis richtet, erließ die Münchener Volksgewalt am 4. Juli. Polizei besetzt das Braune Haus, um dieses Verbot und das auf Einziehung der Hitlerposten zu erzwingen.

Die Pariser Verhandlungen zwischen Franzosen und Amerikanern über den Hoover-Plan führten am 6. Juli zu einer Einigung. (Siehe auch heutigen Leitartikel.)

Die Norddeutsche Wollkämmererei und Kammgarnspinnerei (Nordwolle) Bremen ist infolge eines 200-Millionen-Verlustes zusammengebrochen.

Eine Bürgerschaft bis zu 500 Millionen Mark übernimmt die deutsche „Wirtschaft“ für etwaige Verluste, die die Deutsche Goldbank (eine Tochterbank der Reichsbank) aus Kreditgeschäften erleidet, die sie im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Auslandskredits unternimmt. Durch Rotberordnung des Reichspräsidenten wurde das Anerbieten der „Wirtschaft“ Geseh.

3,96 Millionen Arbeitslose wurden noch in der zweiten Junihälfte gezählt; der Rückgang beträgt 91 000.

Die Löhne sinken — die Lebensmittelpreise steigen. Im Durchschnitt des Monats Juni bewegt sich die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten auf 137,8. Damit ist ein weiteres Steigen der Lebenshaltungskosten eingetreten. Im März betrug die Indexziffer 137,7, im April 137,2, im Mai 137,3 und im Juni 137,8.

Preussisches Arbeitsbeschaffungsprogramm. Der Landtag stimmte am 10. Juli einem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu. Es ist darin vorgesehen eine vorübergehende Kürzung der Arbeitszeit und die Vereinfachung von Mitteln für Instandsetzung und Modernisierung von Altbauwohnungen, Umbau von Großwohnungen in Kleinwohnungen, für Restaurierungen, Anpflanzungen, für Produktion und Absatz von landwirtschaftlichen Edelerzeugnissen, für Straßen- und Brückenbau und Bau von Wassertrasterzeugungsanlagen.

Die Freibadbewegung in Deutschland

Lieber Leser! In diesen Tagen, da dir fast der Schädel raucht durch die ungeheuerliche Hitze, hast du an deiner Arbeitsstätte sicher eine elementare Sehnsucht nach dem Freibad. Du möchtest, daß nicht nur einmal in der Woche „Weekend“ wäre, sondern möglichst oft, und mancher unserer Kollegen, der einige Tage Ferien machen kann, erfreut sich ihrer just in den Freibädern, die in fast allen Großstädten Deutschlands gang und gäbe geworden sind.

Neben den vielen unerfreulichen Erscheinungen unserer Zeit haben wir doch auch einige erfreuliche und darunter zählt ohne Zweifel in allererster Linie die Freibadentwicklung und die damit verbundene stärkere Volkshygiene. Zwar setzte das Freibadwesen bereits zehn Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges ein; das ungeheure Ausmaß und die millionenhafte Beteiligung am Ausflugsverkehr nach den Freibädern sind jedoch in Deutschland erst Erzeugnisse der Nachkriegszeit. Und erfreulicherweise haben die Großstädte rechtzeitig erkannt, daß sie Einrichtungen schaffen

müssen, die das sogenannte „wilde Baden“ einigermaßen in geordnete Bahnen lenken. Aus diesem Grunde sind überall da, wo Seen oder Flußläufe vorhanden waren, besondere Freibäder geschaffen worden, und ob nun an den herrlichen Ufern des Rheins, wie bei Köln und Düsseldorf oder in München an der Isar (obwohl hier der ehrfame Magistrat wiederholt Hemmungen hatte und zeitweilig die Familienbäder nicht freigeben wollte!) haben wir heute überall schöne, großzügige Freibadeinrichtungen, die manchmal denen der großen Nord- und Ostseebäder wenig nachstehen. Eine solche großzügige Einrichtung ist besonders auch das Strandbad Wannsee bei Berlin. Es wurde 1907 gegründet, just in den Zeiten, da die Freibadbewegung sich elementar zum Durchbruch brachte. Aber bis 1924 bestand nur eine kümmerliche Anlage, die an einen Privatpächter vergeben war. Erst seit 1924 befindet sich das Freibad Wannsee in städtischer Verwaltung. Es wurde 1926 in eine städtische Gesellschaft m. b. H. umgewandelt, die unter der Führung des Genossen Direktor Clajus sich glanzvoll entwickelte. Aus dem kleinen, armseligen Strandgelände wurde, allmählich das heutige Großgelände, das allein an Wald 180 000 Quadratmeter umfaßt; hierzu ein Strand von 90 000 Quadratmeter. In den letzten Jahren konnte in der Hauptsache aus den eigenen Einnahmen ein Terrassenbau vorgenommen werden, der in seiner Größe (über 1 Kilometer lang) und künstlerischen Wirkung geradezu einzigartig ist und den schönsten Ostseebadbauten nicht nachsteht.

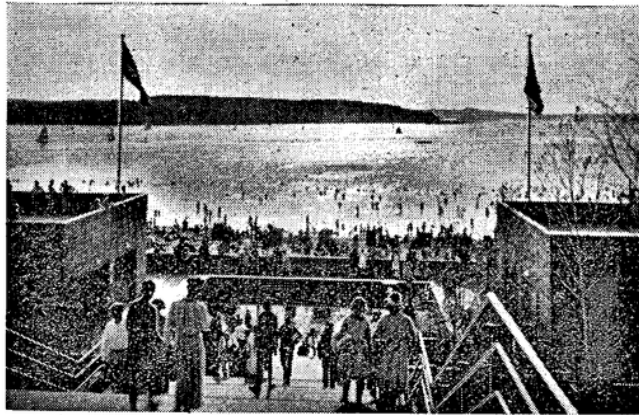
Das alles war natürlich nur möglich infolge der ständig wachsenden Besucherzahl. So wurden im Jahre 1924 erst 350 000 Besucher gezählt, während es im Jahre 1930 bereits 1 300 000 waren. Als höchste Besucherzahl des verflossenen Jahres wurden an einem Tage 70 000 Personen festgestellt. Hierzu kommen noch etwa 500 geschlossene Schulklassen mit 11 500 Schülern, die das Freibad Wannsee besuchten. Natürlich mußte eine ganze Anzahl besonderer Einrichtungen geschaffen werden, um diesen Riesenbetrieb übersichtlich und so zu gestalten, daß der einzelne Besucher Freude am Strandbad haben kann. Es sind denn auch bedeutende sanitäre und hygienische Einrichtungen neu geschaffen worden, so z. B. 6 Toilettengebäude mit Wasserspülung, besondere Pumpstationen zum Abdrücken der Entwässer in das Berliner Rohrnetz, Hunderte von Brausen, die zum Teil auch auf den leicht begehbaren Sonnendächern angebracht sind. Dazu kommen die riesigen Garderobenhallen mit zahlreichen Gesamtauskleideräumen und Tausenden von Einzelzellen.

Es ist selbstverständlich, daß eine besondere Unfallstation mit modernsten Apparaten für erste Hilfe besteht, die im vergangenen Jahr allein 3000 Behandlungen aufzeigte. Es ist ferner vorhanden ein besonderer Verbrennungsofen zur Beseitigung von Papier und Müll sowie eine eigene Wäschereianlage mit besonderen Trockenapparaten.

Obwohl die Masse der Badebesucher aus den Arbeiterkreisen besteht (Eintritt für Erwachsene 20 Pf., Kinder 5 Pf., Kinder unter

4 Jahren frei), sind doch auch Einrichtungen geschaffen für die besser situierten Kreise, wie z. B. ein Autoparkplatz, Aufbewahrungseinrichtungen für Motorräder, Fahrräder usw. Ein eigenes Postamt ist eingerichtet worden, und für die Rettung und Sicherheit ist eine besondere Rettungsstation vorgesehen mit 4 Rettungsmotorbooten und 4 Beiboote sowie Tauchapparaten und ähnlichen Rettungshilfsmitteln. Die Rettungsmannschaft leistete 1930 allein in 160 Fällen erfolgreiche Hilfe.

Zu einer wirklichen Sehenswürdigkeit hat sich die große überdachte Galeriestraße mit Verkaufsgeschäften herausgebildet. Hier gibt es auch Sonntags alles, was man nur wünschen kann: Erfrischungsgetränke sowie Zeitungen, Spielwaren, Badewäsche und vieles andere. Auch für Sport und Gymnastik sowie entsprechenden Unterricht ist reichlich gesorgt. Strandkörbe, Liegestühle usw. stehen gegen mäßige Miete zur Verfügung. — Alles in allem muß gesagt werden, daß dieses Musterbad in Wannsee sich



Strandbad Wannsee — Treppe zum Strand

zu einer wahrhaften Sehenswürdigkeit Groß-Berlins entwickelt hat. Man kann mit der Schnellbahn von Berlin bereits in 20 bis 25 Minuten an Ort und Stelle sein bei 5- bis 10-Minuten-Verkehr, so daß also trotz der ungeheuren Menschenmassen ein stundenlanges unangenehmes Aufenthalt auf den Bahnhofen Nikolassee (und Wannsee) nicht mehr nötig ist. Sobald einmal die Straße nach Nikolassee endlich so befestigt ist, daß die Staubwolken nicht mehr zum Himmel steigen, dürfte allen berechtigten Wünschen der Freibadesucher Rechnung getragen sein. Ein erheblicher Teil unserer

Kollegen findet in den Sommermonaten im Strandbad Wannsee Stellung. Es lohnt sich durchaus, nicht nur für unsere Groß-Berliner Kollegen, sondern auch für jeden, der einmal in den Sommermonaten ein paar Ferientage in Berlin verweilt, das Strandbad aufzusuchen. Er wird sicher mit Begeisterung schwärmen von der schönen Havellandschaft und dem idyllischen Wannsee, im besonderen aber von der wundervollen Einrichtung dieses größten und mustergültigen Freibades einer Großstadt. Einstmals galt der Wannsee als „vornehmer Dillenort des Westens“. Die große Masse wurde durch die teure Preisgestaltung künstlich ferngehalten. Heute kann davon nicht mehr die Rede sein. Ob im östlichen Großfreibad Müggelsee bei Rahnsdorf, im südöstlichen bei Grünau oder im Freibad Wannsee: Es sind überall annähernd die gleichen, immerhin erschwierbaren Preise — wenn man von der bösen Zeitkrankheit „Arbeitslosigkeit“ verschont blieb.

Aber jetzt habe ich mich ganz in den Wannsee-Hymnus verstrickt und fast vergessen, daß außerhalb Berlins auch noch Leute wohnen, die der modernen Freibadbewegung hold gesonnen sind. Soll man in diesen glühenden „Hundstagen“ nicht dauernd in allen Orten Sehnsucht nach irgendeinem Freibad haben? Und in der Tat — man mag im ostpreussischen Königsberg wohnen, so „muß“ man nach Kranz oder Rauschen, wenigstens aber an und in die Ostsee! Oder — man wohnt in Konstanz, dann ist es „am schönsten“ im tiefgrünen Bodensee zu baden und — zu faulenzten am Wochenend sowohl als an den Ferientagen. Bist du von der Waterkant, so sind unsere schönen Ferienheime Cuxhaven oder Travemünde allezeit empfangsbereit, und der leise oder scharfe Wellenschlag summt dir und deiner Familie das Mittagschlummerlied.

Kannst du aber keine See oder keinen Meeresarm erreichen, so bleibt dir noch immer der träge oder rasch dahinfließende Strom. Und am Rhein von Basel bis Düsseldorf gibt es gar viele Freibäder. Nimm dich nur in acht, daß dich die Rheinflechter mit ihrem Wallalawela nicht in ihre Arme nehmen, denn — dann kommst du nimmer los! Aber auch auf dem freundlichen Neckar — etwa bei Heidelberg oder auf der hurtigen Isar habe ich schon manches liebe Mal mich willig kilometerweit treiben lassen in jauchzender Lust. Also — sei kein Frosch! Und spring dennoch hinein ins freundliche Element! E. B.

Der weiße Kuli

Die Menschen des Jahrgangs 1902 sind diejenigen, welche zehn Minuten zu spät auf die Welt gekommen sind, d. h., als diese jungen Leute 1918 ins Leben traten, da kamen die Kriegsteilnehmer der älteren Jahrgänge aus dem Felde, machten mit Vergünstigungen — die ihnen nicht geneidet werden sollen — ihr Examen, bekamen Stellungen. Der Jahrgang 1902 usw. mußte warten — warten und warten. Viele warten heute noch, 1930. — Manche aber sprangen mitten ins Leben hinein, hängten ihre Reisezeugnisse an verschwiegene Orte, ließen Vergangenheit Vergangenheit sein und — so haben wir denn das, was mit weißer Kuli bezeichnet wird. — Diese Zeilen von Fritz Sed bringen nun die Reiseindrücke eines „weißen Kulis“ auf einer Fahrt um Afrika herum.

Allerdings hat es solche „weißen Kulis“ schon zu allen Zeiten gegeben und unsere Kollegen auf See finden in den nachfolgenden Schilderungen ein anschauliches Bild ihres zwar zeitweilig romantischen, meist aber doch recht mühseligen Berufes. Für unsere gesamte Kollegenschaft bietet diese Darstellung eine interessante Lektüre, die Beachtung verdient.

I.

Wie ein ewig laufendes Filmband, so ist das Leben. Wir Menschen sind zugleich Mitspieler und Zuschauer. Jemande unbekannt, geheimnisvolle, nie gesehene Kraft läßt dieses Filmband unaufhaltsam fließen. Jemande ebenso unbekannt Stimme ruft den einzelnen Spielern Stichworte oder Befehle zu — und die Menschen gehorchen diesem Befehle unbedingt. Sie müssen gehorchen, ob sie wollen oder nicht. Die Notwendigkeit dieses Gehorchens ist genau dieselbe wie die Beobachtung der Funktionen des Stoffwechsels, also Luftaufnahme, Nahrungsaufnahme usw. Wir sind Sklaven dieser Vorgänge, unwillkürlich gehen wir auf sie ein.

Und so rollte denn auch mein Filmband weiter, und auch mich rief eine Kommandostimme.

Die letzte Haltetroße klatschte ins Wasser. Unsere Sirene ließ zum letzten Male ihren Ruf ertönen. Das war dann für die kleinen Schlepper, die wie verrückt gewordene Ziehhunde bald auf der Nase lagen und sich abmühten, den 8000-Tonnen-„Kasten“ ins Fahrwasser zu bekommen, das Signal, ihrerseits die Sirenen heulen zu lassen, was sich gegen unsere Sirene wie ein Kindergekreische und Piepen ausnahm. — An der Pier standen Hunderte von Abschiednehmenden — Frauen, Bräute, Kinder, Männer, Väter, Söhne, Brüder und auch Mütter. — Ein endloses Tücherschwenken, Hin- und Herrufen. — Die Bordkapelle spielte: „In der Heimat, in der Heimat, da gibt's ein Wiedersehen.“ — Nun ja, es war ein Abschied, wie er alle Augenblicke im Hamburger Hafen vor sich geht. Dem harmlosen Zuschauer, der so einem Abschied beiwohnt, erscheint eine Dampferabfahrt immer viel tragischer als sie in Wirklichkeit ist. Die Wahrheit ist nämlich, daß beide Teile im Grunde genommen froh sind, sich wieder in ihrem gewohnten Milieu zu befinden.

Und nun zurück zu unserem „weißen Kuli“.

Der koch des Morgens um ½ 6 Uhr aus seiner Koje. Ganz unten aus dem Achterschiff. Das hieß da unten „Zirkus“ und noch tiefer „Kartoffelkeller“. Da also schlief unser Freund. — Leider aber war dieses Schlafen nicht immer so leicht auszuführen wie es gesprochen wird. Zuerst sorgten einmal hübsche kleine Haustiere dafür — die Wanzen, daß diese Ruhe keine ungestörte blieb. Kennst ihr Wanzen? Nein? — Nun, dann hört zu. Die Wanze erreicht die Größe einer Linse, ist im hungrigen Zustande platt wie Papier (daher der Ausdruck „platt wie eine Wanze“). Sobald das Tierchen aber einen vollblütigen Wirt hat, pumpt es sich voll Blut, bis es fast kugelförmig ist. Dann kann die Wanze wieder wochenlang hungern — je nachdem. — So legst du dich also eines Abends todmüde in die Koje, tußt noch einen tiefen Seufzer, der irgendwo hingehet, und schläfst ein. Mit einem Male, mitten in der Nacht, spürst du ein wahnsinniges Brennen am ganzen Körper, vom Zeh angefangen bis zum Skalp. Im Halbdusel krazt du dich, aber schließlich hast du ja auch nur zwei Hände — und da jedoch überall gebissen wird, wären 50 Hände zum Kratzen vonnöten. Dieses Spiel treibst du so eine ganze Weile, bis du schließlich wie von Furien gehetzt im wilden Saß aus der Koje springst und Licht anknipst — und — nichts sieht. Höchstens, wenn du die Matratze hochhebst, bemerkst du, wie gerade so ein „Blutsauger“ um die nächste Kante verschwinden will. Du natürlich wie ein Tiger darauf los und zerquetscht ihn — den Blutsauger — daß nur ein Fleck von Talergroße zurückbleibt. Das Ding allein konnte dich doch nicht so gebissen haben? — Aee, mein Lieber, hat's auch nicht. Vergiß nicht, daß Wanzen verdammt schnell laufen können, für einen Schlaftrunkenen so schnell wie Rennpferde. Die Jagd nach Wanzen nachts hat denn auch gewöhnlich lächerlich geringen Erfolg.

Guckst du nun aber an deinem adamskostümierten Körper herunter, dann siehst du Beule an Beule, namentlich an den Gelenken — auch im Gesicht. Selbstverständlich hat das Brennen nicht nachgelassen, und so rennst du denn hinauf in den Wasdraum, läßt Seewasser in die Wanne laufen und freust dich über die Kühlung. Dann spülst du dich ab, wäschst mit grüner Seife nach und das Brennen läßt nach. Für die Wanzenkoje dankst du natürlicherweise und drückst dich den Rest der Nacht auf einem Deckstuhl rum, der alles andere als bequem ist. — Das wäre also das Kapitel über die Wanzen. —

Doch gibt es noch andere Vorkommnisse im Kartoffelkeller, die Schillers Worte: „Des Lebens ungemischte Freude ward keinem Irdischen zuteil“ nicht zusehnden werden lassen. So war z. B. vergessen worden, bei Seegang abends die „Bullaugen“ zu schließen, und so geschah es denn, daß du plötzlich des Nachts aus deinen süßesten Heimatsträumen gerissen wurdest durch ein heulendes Brausen, und wie ein grauenhaftes Ungeheuer stürzte sich ein mächtiger Wasserstrahl über die Schotten hinein in den Wasdraum und segte mit gewaltigem Schwung unter den Kojen lang — es war dies allerdings die Säuberung des Augiasstalls durch Herkules. Doch zur Betrachtung war nicht lange Zeit. Raus aus der Koje, Licht gemacht, die Schotten hinauf, um die Bullaugen zu schließen. Wenn du Glück hattest, dann holte gerade der „Kasten“ über und du würdest von der salzigen Ladung mit gehörigem Schubs gegen die eisernen Verstrebnungen geschmissen, daß dir jedes einzelne Knöchelchen im Leibe knackte. Dafür paßte recht schön die Ueberschrift: „Drollige Anwandlungen des Meeresherrn Neptun“. — Das also gehörte zu der Ausschmückung der wonnevollen Nächte des „weißen Kuli“.

Das „leber“ (Aufstehen) war sehr kurz, nur Hemd, Hose und Galoschen. Leicht mal durch die Haare gefahren, in die Luft gespuht und drunter hergesprungen (als Wäsche) — fertig — 6 Uhr. Rauf an die Arbeit. — Proviant schleppen. Himmellange Schiffstreppe hoch — keuchend und Ströme von Schweiß vergießend. Im Laufe des Vormittags beginnt dann die eigentliche Arbeit des Geschirrwasschens und zieht sich hin bis zum Abend 8 Uhr, 9 Uhr (wenn große „Fressen“ gewesen sind, dauert es noch länger — bis 1 bis 2 Uhr nachts). Und dann kommen sie an, diese Berge von Geschirr. Alle Sorten Teller, von der Untertasse für Mokka angefangen bis zum Suppenteller. Kaffee-, Mokka- und Teetassen, Silber, Platten, Assieren, Saucieren usw. usw. — Wie sieht das alles aus? — Nun, zum mindesten ekel-erregend. Im Anfang ist es allerdings wahnsinnig schwer, dieses intensive Ekelgefühl zu unterdrücken. Dann aber greift man mit Todesverachtung hinein in all dies glitschrige, fettige, stinkende Widerliche. Wie aber sieht es erst in dem Waschtrog aus, in dem mit heißer Soda- und Seifenlauge der ganze Mist abgewaschen wird. Ja, was soll man da sagen. Der Unbefangene wird vielleicht diese Jauche für Tomatensuppe halten (weil nämlich sehr viele Tomaten verarbeitet werden). Allenfalls könnte man diese Flüssigkeiten auch für eine delikate Geflügelsauce halten; in Wirklichkeit ist diese flüssige Substanz aber nichts anderes als — wie schon gesagt — eben Jauche. Also, wer Nase dafür hat, der kann aus dieser Mischung alle Erzeugnisse einer schiffsgastronomischen Kunst herausriechen. Der allgemeine Eindruck, den dieser Dunst aus dem Trog auf die Geruchsnerven ausübt, ist ein undefinierbarer, öliger, fettiger, fader Speisegeruch. Am Grunde des Troges befindet sich eine handbreite Schicht Speisereste, Knochen, Fischgräten, Garnierung. Die „Wonne“, in diesem Gemengel herumzupantschen bis über die Ellenbogen, kann man sich lebhaft vorstellen.

Zu gewissen Zeiten kommt es an so einem Abwaschtrog auch einmal zu dramatischen Szenen, die eines komischen Beigeschmacks (wenigstens beim Zuschauer) nicht entbehren. Es ist die Zeit, wenn der Kasten anfängt intensiv zu schaukeln und ein Neuling gerade am Trog steht und außerdem Hauptbetrieb ist. Eine deutliche Unruhe ist seinen Bewegungen anzumerken, demonstrativ klirrt das Geschirr, das Gesicht nimmt allmählich die Färbung von Wäsche an, die ohne Sorgfalt behandelt wird. Natürlich fehlt es nicht an ermunternden Zurufen von seiten der Kenner ähnlicher Situationen. „Los man, laß deinen Gefühlen freien Lauf“ oder: „das einzige Mittel gegen Seekrankheit ist K...“ usw. Natürlich versucht der Leidende sich gegen Naturmächte anzustemmen. Er versucht sogar ein „Näseln“, was aber äußerst kläglich ausfällt und schließlich hängt er doch wie ein nasses Handtuch über dem Trog und bezahlt unter Stöhnen, Aechzen und Rülpfen seinen „Tribut an die Seefahrt“!

Welch eine Wendung durch Stalins Fügung!

Gott und dem Zaren gleich sendet Stalin vom Olymp des Zentralkomitees der Exekutive die Blitze seines Geistes und läßt sie leuchten über Gerechte und Ungerechte. Geblendet durch das immer wieder reizvoll wechselnde Spiel kommunistischer Theorie und Praxis ist man kaum noch geneigt, den seitenlangen Ukasen, Briefen, Richtlinien, die aus Moskau in die Welt gesandt werden, Beachtung zu schenken. Trotzdem — zur Abwechslung doch wieder einmal eine außerordentliche Sensation: „Stalins programmatische Rede vom 23. Juni 1931 aus der Moskauer Konferenz der Sowjet-russischen Wirtschaftsführer“.

Im Namen des Fünfjahresplans — dessen Selbstfinanzierung auf Kosten der Arbeiter und Bauern erfolgt — soll in Zukunft verdammt werden, was die kommunistische Propaganda in Deutschland anpries.

Wir zitieren die „Rote Fahne“ vom 7. Juli 1931:

„Genosse Stalin zeichnet wieder neue Entwicklungsbedingungen der Sowjetunion.“

Er verlangt u. a.:

„eine Umstellung der Politik zur organisierten Werbung der Arbeiter zwecks Sicherstellung der Arbeitskraft für die Betriebe.“

Das bedeutet Anwendung des Arbeitszwanges, Aufhebung der Freizügigkeit des Arbeiters, um ihre Arbeiter für die Industrie zu werben, denn die Arbeitsbedingungen sind keinesfalls dazu angetan, die notwendige Zahl von Arbeitern freiwillig zur Arbeitsaufnahme zu veranlassen.

Stalin kommt dann auf das Erwerbslosenproblem zu sprechen. Er bedauert den starken Wechsel des Arbeitsplatzes in den Betrieben. Als Ursache dieses Uebelstandes bezeichnet er:

„unrichtige Organisation des Arbeitslohnes und linkslerische Gleichmachung der Arbeitslöhne.“

Stalin führt wörtlich aus:

„Eine Reihe von Unternehmen haben die Lohnsätze so festgesetzt, daß der Unterschied zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern, zwischen Leicht- und Schwerarbeit verschwindet. Diese Gleichmachung bewirkt, daß die ungelerneten Arbeiter an der Qualifikation uninteressiert sind. Diese Gleichmachung muß aufgehoben und das alte Lohnsachsystem geräumt werden.“

Zur Begründung dieser rein kapitalistischen Argumente rufft Stalin Marx und Lenin als Kronzeugen an. Schlimmer wurde das Andenken dieser Männer nie geschändet. Unsere Mitglieder aber fragen wir: Wie würden die Kommunisten und RGO-Anhänger toben, wenn wir uns bei Tarifabschlüssen von diesem erkapitalistischen Standpunkt Stalins leiten ließen? — Stalin sagt weiter:

„Das alte Lohnsachsystem muß geräumt werden, um die ungelerneten Arbeiter anzuspornen, damit sie sich die nötige Qualifikation aneignen und hinaustreiben.“

Wie unter diesen Voraussetzungen die Lebensbedingungen der Arbeiter verbessert werden sollen, bleibt Geheimnis Stalinschen Geistes. — Stalin fordert ferner:

„Eroberung der Technik. Die Arbeiterklasse müsse ihre eigene betriebstechnische Intelligenz schaffen.“

In Deutschland nennt das die KPD. und RGO. die Schaffung

einer sogenannten Arbeiteraristokratie, eine Todsünde wider den heiligen Geist des Kommunismus. — Stalin befiehlt weiter:

„Zwischen den parteilosen Arbeitern und den Kommunisten müsse eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Kontrolle geschaffen werden.“

Damit werden der gegenseitigen Angeberei, der Denunziation Tür und Tor geöffnet. — Stalin ordnet an:

„Einstellung der Beze gegen die Spezialisten, um diese Kreise mehr als bisher an die Arbeit heranzuziehen.“

Man erinnere sich demgegenüber der Monstreprozesse gegen die Ingenieure und des hysterischen Geschreis der „Roten Fahne“: Erschießen! Erschießen! Erschießen! — Stalin verkündet dann:

„Die Betriebsführung ist neu zu ordnen, so daß die Wirtschaftsführer nicht nur allgemein, sondern konkret und tatsächlich die Betriebe leiten.“

Hier tritt Stalin als der Apostel des uns so vertrauten „Herr-im-Hause-Standpunkt“ auf. Wie fern liegen doch die Zeiten, da der Moskauer Sender verkündete: Alle Macht den Räten!

Nach dieser Rede wird man es verstehen, daß sich die gesamte kapitalistische Presse voll Freude auf Stalin als kommunistischen Kronzeugen absoluter Folgerichtigkeit kapitalistischer Denkart berief. — Entleidet man die Stalin-Rede der Beiworte kommunistischen Sprachgebrauchs, so könnten an Stelle Stalins diese Rede mit gleicher Schärfe die Herren Borfig, Duisberg, Doegeler oder irgendein anderer Scharfmacher des Reichsverbandes der deutschen Industrie gehalten haben.

Wir gehen nicht darauf ein, daß Stalin außerdem die mit so vielen Lobeshymnen gepriesene Fünftageswoche wieder beseitigt wissen will und die Wiedereinführung eines gemeinsamen Sonntags für zweckmäßiger erachtet.

Die oben angeführten Auszüge mögen genügen. — Die „Rote Fahne“ spickt der Rede eine Einleitung voraus, betitelt: „Unter dem Banner des Kommunismus“. Danach ist die Rede Stalins

„ein Dokument von großer, historischer und höchster aktuelopolitischer Bedeutung, Ausdruck meisterlich einziger, himmelstürmender Initiative der befreiten Arbeiterklasse, die in die Zukunft weilt, sie atmet den Geist gewaltigsten, umfassendsten sozialen Erziehungswertes, das die Geschichte kennt.“

Gegenüber allen kopfschüttelnden Lesern sei nochmals betont, daß wir wörtlich aus der „Roten Fahne“ Nr. 144 vom 7. Juli, 1. Beilage, zitiert haben. Es gibt nur fünf Männer, die es sich gefallen lassen, daß man von ihnen in so servilen, byzantinischen Stil schreibt, es sind: Stalin, Mussolini, Hitler, Thälmann und Wilhelm in Doorn. Jeder normale Mensch muß sich voll Ekel von dieser lakaienhaften, unproletarischen, kommunistischen Soldschreiberei abwenden.

Stalins programmatische Rede vom 23. Juni 1931 hat bewiesen, was jedem Kenner der russischen Verhältnisse bereits seit langem bekannt ist: Der Kommunismus Sowjetrußlands ist kapitalistischer Natur. Die Auffassung Stalins, der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft lasse sich dekretieren, ist unmärzistisch.

Hinter kommunistischem Schein verbirgt sich kapitalistisches Sein!

K. O.

Das erste Jahrbuch des Gesamt-Verbandes

II. (Schluß.)

Wie sich die Wirtschaftskonzunktur auch in unserem Verbands im Laufe des Jahres 1930 verschlechterte, ergeben folgende Zahlen: Arbeitslose im Januar 6,6 Proz., im Dezember 9,5 Proz., Kurzarbeiter im Januar 0,8 Proz., im Dezember 2,05 Proz. Beachtenswert sind auch die Kapitel über Presse, Propaganda und Werbearbeit. Es zeigt sich, daß wir neben unserer überaus mannigfaltigen Presse auch die neuzeitlichen Werbemittel in starkem Ausmaß für die Agitation verwendet haben. So wurden von unseren eigenen Filmen sieben herausgebracht, die in 135 Veranstaltungen Verwendung fanden. Dazu zahlreiche Lichtbildervorträge in 369 Veranstaltungen. Unsere Bildungsarbeit wurde im Mai 1930 mit Eröffnung der Bundeschule des ADGB. (in Fortsetzung der bisherigen Bildungseinrichtungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter) begonnen. Hierüber hat Kollege Junker in der „Gewerkschaft“ bereits eingehend berichtet. Aus dem Jahresbericht ist außerdem ersichtlich, daß in fast allen Großstädten hervorragend systematische Bildungsarbeit durchgeführt wurde. Von den

8,9 Millionen Unterstüßungen oder 31,51 Pf. pro Beitrag entfielen auf Krankenunterstützung: 3,3 Millionen Mark,

Arbeitslose: 2,7 Millionen Mark, Weihnachtunterstützung: 958 000 Mk., Todesfälle: 810 000 Mk., Rechtschutz: 394 000 Mk., Notfall: 395 000 Mk., Streikende und Gemäßregelte: 282 000 Mk., Reise und Umzug: 34 500 Mk. Diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache über die Leistungsfähigkeit des Gesamt-Verbandes. Sie sollte in der Agitation viel mehr Verwendung finden und allen denjenigen zum Bewußtsein gebracht werden, die heute der Meinung sind, sie können ohne Verband auskommen.

Auch über unsere Sonderkassen, Rentka und Fakultä wird auf Seite 125 und folgende ausführlich Bericht erstattet. Beachtenswert ist, was auf Seite 144 gesagt wird über die Verkürzung der Arbeitszeit: Wir müssen, um zur Dierzigstundenswoche zu kommen, einen

systematischen Kampf gegen Ueberstunden aufnehmen, und wo die festgesetzte Arbeitszeit überschritten wird, durch Abfeiern aller Ueberstunden die Vorbereitungen schaffen helfen für den Einstellungsdruck von Arbeitslosen.

Es wäre sehr verlockend, aus dem ungeheuer mannigfaltigen und interessanten Material, insbesondere der Reichs-abteilungen A bis F, einiges zu sagen. Wir müssen uns

aber in Rücksicht auf die ungeheure Fülle des Materials Beschränkungen auferlegen und verweisen nachdrücklich auf die interessanten Einzelberichte der Reichsfachgruppen aller Abteilungen.

Sehr beachtlich ist auch das Kapitel über die Betriebsvertretungen. Insgesamt sind in unserem Verband 21 000 Mitglieder als Betriebsvertretung tätig, und zwar 20 400 Arbeiter und 685 Angestellte. Weiter haben wir 292 Beamtenausführmittglieder im Gesamt-Verband. In den Aufsichtsräten sind insgesamt 359 Mitglieder in 231 Betrieben vertreten. Ueber 8000 Betriebsvertretungsmitglieder nahmen an 795 Bildungskursen teil. Davon waren 175 eigene Kurse, 590 wurden von den Ortsausführschüssen des ADGB. veranstaltet, 17 von Volkshochschulen und 11 von örtlichen Bildungskartellen der Gewerkschaften. Von den 520 Kollegen, die an unseren Bernauer Kursen im Jahre 1930 teilnahmen, waren 295 Betriebsvertretungsmittglieder. Diese Zahlen zeigen so recht, daß die Bildungsarbeit in unserem Verband sich weitgehend durchgesetzt hat, ein überaus erfreuliches Zeichen in dieser, ach, so unerfreulichen Zeit.

Faßt ein kleines Nachschlagewerk könnte man die Darstellung über unsere Beamtenbewegung und die beamtenpolitischen Gegenwartsfragen nennen, die sich von Seite 229 bis auf Seite 241 erstrecken.

Ebenso wird sehr ausführlich über unsere internationalen Verbindungen berichtet, von denen die größte, die ICG, mehr denn 2 1/2 Millionen Mitglieder zählt, die sich auf 100 angeschlossene Organisationen verteilen. Der Internationale der öffentlichen Dienste sind 14 Länder mit 552 000 Mitgliedern (darunter Deutschland 290 984) angeschlossen. Die Internationale für Post und Telegraphie zählt 423 000 Mitglieder, davon Deutschland (4 Organisationen) 229 000 Mitglieder; unsere Abteilung „Post und Telegraphie“ etwa 45 000. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß auch bezüglich der internationalen Verbindung sich bald eine stärkere Konzentration durchsetzt.

* * *

Den 248 Druckseiten umfassenden Text des ganzen Jahrbuches folgen 30 Seiten Tabellen, die mehr für solche Kollegen gedacht sind, die ein spezielles Material für Vorträge sowie in der Agitation benötigen. Es gehört eine außerordentliche Liebe und Fleiß dazu, um sich durch diesen „Tabellenberg“ hindurchzuarbeiten. Wir möchten aber doch darauf verweisen, daß insbesondere die Darstellungen über die Tarifverträge sowie vor allen Dingen der Jahresabschluss der Hauptkassen und der Ortskassen, ferner der Abschluß der Fakultä und der Rentka zu eingehendem Studium einladen. Man kann ohne Zweifel gleichzeitig unser Jahrbuch als ein gediegenes Nachschlagebuch bezeichnen. Das trifft aber noch in erhöhtem Maße für den Anhang der Chronik des Jahres 1930 zu, wo auf 17 Seiten noch einmal die wichtigsten Dinge auf wirtschaftlichem, politischem und Verbandsgebiet knapp zusammengestellt werden. Mit einem Sach- und Namensregister schließt das Jahrbuch.

Möge nun jeder Empfänger des Jahrbuches sich bewußt sein, daß es eine Pflichterfüllung wäre, wenn er das Jahrbuch achtsam zur Seite legt! Es gilt sich zu vertiefen in unsere Verbandsarbeit. Dann werden wir auch in der Lage sein, trotz aller Not der Zeit, unsere Organisation stark und kräftig zu erhalten. ed.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Der Verbandstag der Maschinisten und Heizer wurde Mitte Juni im Dresdener Volkshaus abgehalten. Im Geschäftsbericht des Vorstandes ging der Vorsitzende Klebe auch auf die Bestrebungen zwecks Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband ein. Zu einem Abschluß ist es nicht gekommen. Trotzdem glaubt der Maschinistenverband, daß ein gutes Zusammenarbeiten mit dem Metallarbeiterverband nach wie vor möglich ist. Nach einer lebhaften Aussprache über den Geschäftsbericht wurden einige Entschlüsse angenommen. In der einen wird die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920 gefordert. Die zweite Entschlüsse fordert die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche. Ferner wird der Verbandsvorstand beauftragt, in der Stromerzeugenden Industrie die Sechsstundenfrist zur Einführung zu bringen, weil die dreigeteilte Schicht den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Eine dritte Entschlüsse verpflichtet alle voll arbeitenden Kollegen zur finanziellen Solidarität, um die Not der arbeitslosen Verbandskollegen zu lindern. Bei den Wahlen zum Verbandsvorstand wurde Klebe zum 1. Vorsitzenden einstimmig und die übrigen Vorstandsmitglieder gegen wenige Stimmen wiedergewählt.

Stimmen aus Kollegenkreisen

Warum werden die Arbeiter nicht menschenwürdig entlohnt?

Eine Anfrage erlaube ich mir. Bin Ehefrau eines Anlagentagwächters. Mein Mann hat wöchentlichen Lohn 38,80 Mk. Davon sind Abzüge für Krankenkasse 1,58 Mk., Invalidenversicherung 1 Mk., Erwerbslosenversicherung 1,33 Mk., zusammen 3,91 Mk. Mithin bleibt ein Barwochenlohn von 34,89 Mk.

Es gibt im Krankheitsfalle keinen Lohnausgleich wie ihn die Straßenfeger haben, auch keine Kinderzulage. Ein Mädel von 9 Jahren haben wir, es wünscht sich sehnlichst ein Schwesterchen, wir selbst sind sehr kinderlieb, hüten uns aber vor Vergrößerung der Familie. Es würde die Not nur noch vergrößern, denn es gehört ja mehr als nur essen und schlafen zum Leben. Ich hätte dem Kinde schon ein Schwesterchen aus dem Waisenhaus geholt, aber in eine Zweizimmerwohnung bekomme ich kein Kind durch die Fürsorge. Ein eigenes Kind, da mischt sich ja die Fürsorge nicht hinein, aber das kann ich als Mutter des einen nicht verantworten, es hieße dem einen noch mehr entziehen. Pensionsberechtigt ist ein Tagwächter beim Staat auch nicht. Warum werden die Leute, die in Arbeit stehen und ihre Pflicht tun, nicht menschenwürdig entlohnt? Der einzige Luzzus, den wir betreiben, ist ein kleines Stück Schreiberland. Hätten wir's beim Haus, wäre es uns auch möglich, ein Kindchen in Pflege zu bekommen. Ich bitte im Gewerkschaftsorgan um eine öffentliche Antwort.
Frau M. G., Hamburg.

Ja, warum werden die Arbeiter so schlecht bezahlt? Weil die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in der wir leben, dermaßen verderbt und korrupt und ihre Wirtschaft planlos ist, daß sie solch ungeheures Elend, wie die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit und die gewaltigen Lohnbeschränkungen zwangsläufig erzeugt. Auf der anderen Seite hindert das aber die Kapitalbesitzer nicht, selbst in dieser schweren Zeit der Not, dermaßen in Luzzus und Schwelgerei zu leben und um des Steuerbetruges willen Vermögensverchiebungen in einem Ausmaß zu betreiben, daß sie das kapitalistische System selbst gefährden. Der Name Nordwollensfabriken allein sagt genug. Wenn man ferner den Werksdirektoren und Bürgermeistern Phantasielöhner zählt, die in die Hunderttausende von Mark gehen und von diesem System nicht abgehen will, ist man natürlich gezwungen, den unteren Beamten und Angestellten und den Arbeitern Hungergehälter und -löhne in des Wortes schlimmster Bedeutung zu zahlen, um die Wirtschaft mühsam über Wasser zu halten. Diesem System sagen wir den schärfsten Kampf an! Lange Zeit schien der Kapitalismus unüberwindlich. Selbst den Zusammenbruch von Staat und Wirtschaft im Jahre 1918 hat er siegreich überstanden. Aber auch noch niemals war er so erschüttert wie jetzt. Das gibt uns die Zuversicht, daß der Kapitalismus im Absterben ist. Hätte die moderne Arbeiterbewegung nicht den kommunistischen Pfahl im Fleische, wie selbst die schwerkapitalistische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagte, und wären nicht Millionen Arbeitnehmer so vernarrt den Rattenfänger melodien der im Solde der Schwerindustrie stehenden Hitler, Goebbels und Genossen zu folgen, welch ungeheuren Stoß könnte sie jetzt dem Kapitalismus versetzen und welch großes Stück sozialistischer Aufbauarbeit könnte sie jetzt vollbringen. So sind Gewerkschaften und Partei gezwungen, statt die Offensive zu ergreifen, sich auf den Abwehrkampf gegen kapitalistische Unterdrückung und nationalistische und kommunistische Quertreibereien und Angriffe zu beschränken. Das verpflichtet aber jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, seinem Verbandskollegen zu halten, für seine weitere Kräftigung zu sorgen, um so für eine günstigere Zeit den Offensivkampf gegen die kapitalistische Mißwirtschaft und für den Sozialismus vorzubereiten, in dem es kein Wirtschafts-elend mehr gibt.

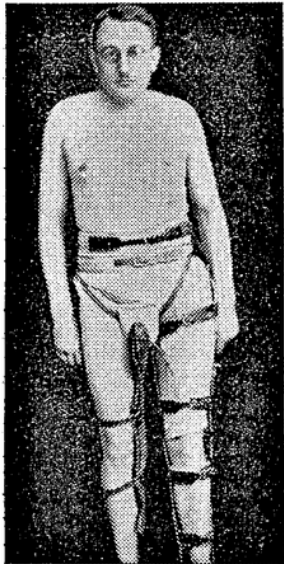
Aus unserer Bewegung

Stuttgart. Am 3. Juli 1891 trat Johannes Reiter bei dem damals neu errichteten städtischen Reinigungsamt in Stuttgart als Arbeiter ein. In der langen Zwischenzeit ist er zum Dorarbeiter, Aufseher und zum Baussekretär aufgerückt. Als gerechter unparteiischer Vorgesetzter hat er sich die Wertschätzung der ihm unterstellten Kollegen erworben. Schon bei der Gründung der Organisation war unser Hannes einer der ersten, die das Banner aufpflanzten und er ist dem Verband auch nach seiner beamtenrechtlichen Anstellung im Jahre 1919 jederzeit treu

geblieben. In unserer Beamtenabteilung bekleidet er den Posten eines Obervertrauensmannes. In der Organisation war er in allen einschlägigen Vertrauensstellungen tätig, sowohl als Unterkassierer und Ortsverwaltungsmitglied, als auch zehn Jahre lang im Verbandsauschuß. So stellt auch heute noch unser Hannes in ungebrochener Kraft, geachtet von seinen Kollegen und Vorgesetzten, beliebt bei seinen Verbandskollegen und Parteigenossen, in jeder Form seinen Mann. Wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute, insbesondere den verdienten langen, genußreichen Feier- und Lebensabend. Möge Johannes Reiter noch recht viele gleichgestimmte Nachfolger im Verband finden.

RUNDSCHAU

Kriegsopfer klagen an. Die zweite Notverordnung hat sogar denen noch Erhebliches genommen, die auf die Einlösung von Versprechungen früherer Reichsregierungen und Reichstage mit Recht warteten: den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Rund 789 000 Beschädigte, 378 000 Witwen, 621 000 Waisen und 366 000 Eltern erleiden Kürzungen im Ausmaße von 5 bis 27 Proz. ihrer Renteneinkünfte. Weniger stark wird die städtische Bevölkerung getroffen. Ganz unsozial wirken sich die Kürzungen mit allgemein 14 Proz. auf dem platten Lande aus. Sie mindern das Renteneinkommen von 160,05 Mk. eines verheirateten 90prozentigen Kriegsbeschädigten mit 5 Kindern in Ortsklasse D um 20 Mk. Je mehr Kinder, desto schärfer die Renten kürzung. Ganz unverständlich ist die Behandlung der „Leichtbeschädigten“. Während dem Lebigen und kinderlos Verheirateten nur 4,6 Proz. seines Renteneinkommens gekürzt sind, werden den verheirateten Leichtbeschädigten mit Kindern bis zu 40 Proz. genommen. Diese überaus starke Minderung erklärt sich aus dem Entzuge der Kinderzulage für das erste Kind, die 20 Proz. der Rente beträgt. Kann man überhaupt bei dem Verlust eines Drittels und mehr der Arbeitsfähigkeit noch von einer „Leichtbeschädigung“ reden? —



Fast 1000 Mark jährlich verliert dieser Schwerbeschädigte durch die Notverordnung

Als „Leichtbeschädigter“ gilt, wer eine Verkürzung seines Beines von 6 bis 12 Zentimeter mit gleichzeitigen Versteifungen des Knie- oder des Fußgelenks, mit tiefen und großen Narben am Bein, mit Verlust der Wade usw. erlitten hat. Ferner wird der Verlust eines Fußes oder der Verlust von drei Fingern der gebrauchsfähigen Hand oder der Verlust eines Auges mit schweren Verletzungen des Gesichtes nur als „Leichte“ Beschädigung von der Versorgungsverwaltung aufgefaßt und mit einer Rente von 30 bzw. 40 Proz. entschädigt. Das sind Renten in Höhe von monatlich 24,95 Mk. bis 37,95 Mk., die den verheirateten „Leichtbeschädigten“ mit einem Kinde vor Erlaß der Notverordnung zustanden, die jetzt vielfach um 26,8 Proz. gekürzt werden, so daß die „Leichtbeschädigten“ nur noch Anspruch auf monatliche Renten von 18,25 Mk. bis 30,15 Mk. haben. Wohl niemand wird behaupten wollen, daß 18,25 Mk. monatlich eine ausreichende Entschädigung für eine Beinverkürzung um 8 Zentimeter mit gleichzeitiger Versteifung des Fußgelenks oder für den Verlust eines Auges darstellen. Wiederum ganz unerträglich, besonders für die Leichtbeschädigten und kinderlosen Witwen unter 45 Jahren wirken sich die Eingriffe in die nur Bedürftigen zu zahlende Zusatzrente aus. Neben einer anderen Fassung der Einkommensgrenzen, die sehr erheblich herabgesetzt werden, ist auch eine andere Fassung der bisher gültigen Bestimmungen vorgenommen worden, um Einsparungen weit über das Maß dessen hinaus, das die Regierung sich in der Summe von 9 Millionen Mark selbst gesetzt hatte, vorzunehmen. Dadurch werden manche Witwen buchstäblich dem Hungertode preisgegeben. Witwen unter 45 Jahren erleiden, soweit sie nicht mehr für Kinder zu sorgen haben, nicht nur eine Kürzung ihrer bisherigen Rente von 34,65 Mk. auf 30,40 Mk. in der Ortsgruppe D, sondern verlieren darüber hinaus noch die ihnen bisher zustehende Zusatzrente von 34 bzw. 17 Mk. im Monat, so daß in unzähligen Fällen die Rente von monatlich 68,65 Mk. auf 30,40 Mk. herunterfällt. Ja, es gibt sogar Witwen, die sich mit einer Rente von künftig 22,50 Mk. im Monat begnügen sollen. Ist es da zuviel gesagt, wenn wir oben

behaupteten, daß diese Witwen durch die Notverordnung buchstäblich dem Hungertode preisgegeben werden? — Schließlich ist es für die Kriegsbeschädigten, die als Beamte, Angestellte und Arbeiter öffentliches Einkommen haben, unerträglich, Kürzungen ihres Einkommens, wie die Notverordnung sie vorsieht, hinzunehmen. Nur zwei Beispiele mögen diese Härten illustrieren: Ein Angestellter erhält wegen Verlustes eines Oberarmes 70 Proz. = 52 Mk. Rente. Sein bisheriges Monatseinkommen betrug 298,67 Mk. Sein Einkommen mindert sich um 24 Mk., seine Rente um 36,40 Mk., sein Gesamteinkommen also um 60,40 Mk. monatlich. — Ein Arbeiter bei einem städtischen Elektrizitätswerk erhält wegen schwerer Lungenkrankheit 60 Proz. = 71 Mk. Rente. Sein Wochenlohn beträgt 65,80 Mk. Seine Rente mindert sich um 48,05 Mk., also auf 22,95 Mk. monatlich. Dem arbeitslosen Kriegsbeschädigten ist durch die Notverordnung gleichfalls ein besonderer Schlag erteilt worden. Soweit die ihm zustehende Rente 15 Mk. monatlich übersteigt, wird sie künftig auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Wird z. B. ein verheirateter 50 Proz. erwerbsbeschränkter Kriegsbeschädigter, der für zwei Kinder zu sorgen hat, arbeitslos, so werden ihm von der ab 1. Juli in der Ortsklasse B zustehenden Rente von 57,80 Mk. 42,80 Mk. auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet, so daß er bei einem ihm an sich zustehenden Unterstützungsbetrag von z. B. 60 Mk. monatlich künftig nur noch 17,20 Mk. Arbeitslosenunterstützung im Monat erhalten wird. — Hat man denn gar kein Empfinden dafür, wie ungeheuer schmerzhaft und verbitternd es auf die Witwen, die ihr Ehegatte schon in jungen Jahren dem Vaterlande opfern mußten und auf die Kriegsbeschädigten, die ihre schmerzvollen Wunden im Kampfe für den Schutz der Heimat erlitten haben, wirken muß, wenn ihnen die zum Leben unbedingt notwendigen Pfennig- und Markstücke bei der Rentenzahlung genommen werden? Wann endlich erwacht das öffentliche Gewissen und sorgt dafür, daß die Worte vom Dank des Vaterlandes ihre Derwirklichung finden?

Wo verbringen wir unsere Ferien. Die lange ersehnte Urlaubszeit ist gekommen. Es gibt allenthalben ein Suchen und Raten, Auskünfte bei Berufenen und Unberufenen werden eingeholt, um ein möglichst schönes, angenehmes und auch billiges Ferienheim zu finden. Man muß ja heute besonders den letzten Punkt ganz besonders beachten, denn die wirtschaftliche Krisis mit ihrer ungeheuren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hat zum Sparen gezwungen. Die Wahl des Ferienaufenthaltes wird uns sehr erleichtert, wenn wir wissen, daß in einem der schönsten Täler der Fränkischen Schweiz, im Leinleiter Tal, ein prächtiges Ferienheim auf hoher Felsenwarte steht. Es ist das in weiten Landen bereits rühmlich bekannte Fürther Naturfreundehaus, das inmitten einer prächtigen Landschaft von Fels und Wald, Höhen und Tälern liegt. Zahllose wundervolle Spaziergänge und Wanderungen können mühelos nach allen Teilen der Fränkischen Schweiz unternommen werden. Das Heim selbst hat eine große Anzahl Einzelzimmer mit 2 und 3 Betten, ist neuzeitlich eingerichtet, mit Wasserleitung, elektrischem Licht, Bad, Radio, Bibliothek usw. versehen und bietet somit alle Voraussetzungen für einen angenehmen und gesunden Ferienaufenthalt. Eine erstklassige Küche sorgt für das leibliche Wohl der Gäste und Besucher in bester Weise und der überaus billige Preis ermöglicht es vielen, die Ferienzeit in dieser schönen Gegend zu verbringen. Eine sehr günstige Bahnverbindung über Bamberg—Forchheim und von da auf der Nebenbahnstrecke Forchheim—Heiligenstadt läßt uns das einzig schön, unmittelbar über der Ortschaft Deilbronn, gelegene Haus bequem erreichen. Auskünfte erteilt und Zimmerbestellungen nimmt entgegen der Hausreferent Georg Buchner, Fürth i. B., Simonstraße 74 II.

Zusammensetzung des Magistrats von Berlin. Nachdem an Stelle des Sozialdemokraten Reuter, der in Magdeburg als Oberbürgermeister gewählt wurde, der Sozialdemokrat Dr. Heuer, bisheriger Kämmerer von Magdeburg, als Stadtrat gewählt wurde, setzt sich der Berliner Magistrat wie folgt zusammen: Oberbürgermeister Dr. Sahm (ohne Partei), der Volkspartei nahestehend, den Bürgermeistern Lange (Soz.) und Elsas (Dem.), dem Kämmerer Asch (Soz.), den Stadträten Wukky und Czerninski (Soz.), dem Stadtschulrat Updahl (Soz.), dem Stadtmedizinalrat Prof. Dr. von Drigalski (Dem.), den Stadtbauräten Hahn (ohne Partei), Adler (3.) und Wagner (ohne Partei) und Stadtrat Dr. Heuer (Soz.). Dazu treten die unbefol deten Stadträte Ahrens und Ortman (Soz.), Käß (Dem.), Jursch (Dp.), Kinjcher (Wirtschp.) und Lingweiler (Dnat.). Von den 18 Magistratsmitgliedern stellt die Sozialdemokratie also nur 8 Mitglieder.